

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
§ 1 Einführung	23
A. Problemaufriss und Ziel der Untersuchung	23
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	27
C. Gang der Darstellung	30
§ 2 Dogmatische und historische Grundlagen	31
A. Der Anspruch	31
I. Rechtsgeschichtliche Grundlagen im Überblick	32
II. Der Anspruch nach § 194 Abs. 1 BGB	33
III. Abgrenzungen	36
1. Prozessualer Anspruchsbegriff	37
2. Forderung	38
3. Schuldverhältnis	39
a) Begriffsverständnis	39
aa) Das Schuldverhältnis im engeren und im weiteren Sinne	39
bb) Das Schuldverhältnis als anspruchserzeugende Konstruktion	40
b) Die Entstehung eines rechtsgeschäftlichen Schuldverhältnisses	42
c) Übertragung auf das Arbeitsverhältnis	43
4. Schuld, Verbindlichkeit, Pflicht und Obligation	45
5. Anwartschaft und Anwartschaftsrecht	47
a) Grundlagen und Hauptanwendungsbereich	47
b) Anwendbarkeit bei der Entstehung schuldrechtlicher Ansprüche	49
c) Anwartschaft(-srecht) vor Entstehung des Lohnanspruchs?	49

B. Die Entstehung des Anspruchs nach allgemeinem Zivilrecht	51
I. Voraussetzungen der Anspruchsentstehung	51
1. Unterscheidung nach dem Rechtsgrund für die Entstehung	52
a) Gesetzliche Ansprüche	52
aa) Grundlagen	52
bb) Der gesetzliche Anspruch auf Mindestlohn als Beispiel	53
b) Rechtsgeschäftliche Ansprüche	54
2. Rechtshindernde Einwendungen	55
3. Zusammenfassung	59
II. Abgrenzung zur Fälligkeit eines Anspruchs	59
1. Die Fälligkeit des Lohnanspruchs	59
2. Betagte Ansprüche	63
III. Unterscheidung nach der Art der Entstehung	64
1. Bedingte Ansprüche	64
a) Die Vereinbarung einer Bedingung	64
b) Die Existenz aufschiebend oder auflösend bedingter Ansprüche	66
c) Der Entstehungszeitpunkt aufschiebend bedingter Ansprüche	69
aa) Meinungsstand	69
bb) Stellungnahme	70
d) Der Entstehungszeitpunkt auflösend bedingter Ansprüche	72
2. Aufschiebend und auflösend befristete Ansprüche	72
a) Grundlagen	72
b) Der Entstehungszeitpunkt aufschiebend bzw. auflösend befristeter Ansprüche	73
c) Die Abgrenzung zwischen aufschiebend befristeten und betagten Ansprüchen	73
aa) Grundlagen	73
bb) Kritik an der Differenzierung zwischen aufschiebend befristeten und betagten Ansprüchen	74
cc) Stellungnahme	76
3. Kombinationsmöglichkeiten	77
4. Zusammenfassung	77

IV. Künftige Ansprüche	78
1. Künftige Ansprüche im weiteren und engeren Sinne	80
2. Das Erfordernis der Bestimmtheit bei einem künftigen Anspruch	81
3. Stellungnahme	82
V. Weitere Bezeichnungen für die Entstehung eines Anspruchs?	83
1. Begründete Ansprüche	83
a) Beispiele aus der Gesetzgebung	83
b) Unterscheidung von begründeten und entstandenen Ansprüchen	83
aa) Die Abgrenzung der Insolvenz- von der Masseforderung in § 38 InsO (§ 3 Abs. 1 KO a.F.)	85
(1) Insolvenzrechtliche Grundlagen	85
(2) Der begründete Anspruch im Sinne des § 38 InsO	86
bb) Haftung für begründete Verbindlichkeiten im Handelsrecht nach §§ 25, 28 HGB	92
c) Ergebnis	95
2. Die Beschreibung „erworben“ und „etwas schuldig geworden“	95
3. Erdiente Ansprüche	96
4. Endgültig entstandene und dem Grunde nach entstandene Ansprüche	97
VI. Zusammenfassung	98
C. Die Rechtsnatur des Arbeitsverhältnisses	99
I. Ein historischer Überblick zur Rechtsnatur des Arbeitsverhältnisses	100
1. Der Dienstvertrag als Konsensualvertrag im römischen Recht	100
2. Die Entwicklung bis zum 19. Jahrhundert	102
3. Das Arbeitsverhältnis im 20. Jahrhundert bis heute	103
a) Die Einstufung des Arbeitsverhältnisses als Austauschverhältnis mit Einführung des BGB	103

b) Deutschrechtliche Auffassung: Das personenrechtliche Gemeinschaftsverhältnis	104
c) Rückkehr zur Einstufung als Austauschverhältnis	105
d) Zusammenfassung	106
II. Das Arbeitsverhältnis als Dauerschuldverhältnis	107
1. Grundlagen	107
2. Die Einordnung eines Schuldverhältnisses als Dauerschuldverhältnis	111
a) Anknüpfung an das Zeitelement	111
b) Anknüpfung an den Inhalt des Schuldverhältnisses	112
aa) Anknüpfung an die Hauptleistungspflichten	112
bb) Die Risikoverteilung im Dauerschuldverhältnis	113
c) Verknüpfung der Zeitdauer mit dem Inhalt des Schuldverhältnisses	114
aa) Die Differenzierung nach der Leistungserbringung zu einem Zeitpunkt oder während eines Zeitraumes	114
bb) Die zeitlich proportionale Zunahme des Leistungsumfangs	115
cc) Der lediglich zeitlich messbare Leistungserfolg	116
dd) Kombinationslösung	116
d) Weitere konstitutive Merkmale eines Dauerschuldverhältnisses?	117
aa) Ständige Pflichtenanspannung	117
bb) Personenbezogenes Vertrauensverhältnis	117
cc) Differenzierung nach Vertragstypen	117
e) Bewertung	118
3. Die Hauptleistungspflichten im Arbeitsverhältnis als Dauerschuldverhältnis	122
a) Das Schuldverhältnis als Grundlage der Leistungspflichten	123

b) Kategorisierung der Leistungspflichten im Arbeitsverhältnis	124
aa) Übliche Einteilung der Leistungspflichten im Dauerschuldverhältnis	124
bb) Anwendung auf die Leistungspflichten im Arbeitsverhältnis	125
c) Die Anzahl der Leistungspflichten	127
aa) Annahme eines einheitlichen Leistungsanspruchs	127
bb) Annahme einer Vielzahl an selbstständigen Einzelforderungen	127
cc) Die Stammrechtstheorie im Dauerschuldverhältnis	129
(1) Hauptanwendungsfälle der Stammrechtstheorie	130
(2) Kritik	132
dd) Übertragung auf das Arbeitsverhältnis	133
ee) Zusammenfassung	137
d) Synallagmatische Verknüpfung von Leistung und Gegenleistung	137
aa) Erscheinungsformen des Synallagmas und ihre rechtliche Konstruktion	138
(1) Genetisches Synallagma	138
(2) Konditionelles Synallagma	139
(3) Funktionelles Synallagma	140
(4) Rechtliche Konstruktion der Gegenseitigkeit	142
(a) Die sogenannte Bedingungslehre	142
(b) Die Theorie von der inhaltlichen Beschränkung des Leistungsanspruchs	143
(c) Die Einredetheorie	144
(d) Das Synallagma als Geschäftsgrundlage oder causa des gegenseitigen Vertrages	144
(e) Stellungnahme	145
bb) Besonderheiten der synallagmatischen Verknüpfung im Dauerschuldverhältnis	146

4. Ergebnis	150
§ 3 Auswirkungen des Zeitpunkts der Anspruchsentstehung	151
A. Anknüpfung des Gesetzes an die Anspruchsentstehung	151
B. Für das Arbeitsverhältnis besonders relevante Fallgestaltungen	152
I. Die Rechtsfolge des § 326 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 BGB mit ihren Ausnahmen	152
1. Die Rechtsfolge des § 326 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 BGB	153
2. Die Existenz anspruchserhaltender Normen	154
a) Beispiele der zu diskutierenden Normen	154
aa) Vergütung bei Annahmeverzug und bei Betriebsrisiko, § 615 S. 1 BGB	154
bb) Der Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, § 3 EFZG	155
cc) Der Anspruch auf Urlaubsentgelt, §§ 1, 11 BUrlG	156
dd) Der Anspruch auf Mutterschutzlohn, § 18 MuSchG	158
b) Auswirkungen der Einordnung einer Norm als anspruchserhaltend oder als eigenständige Anspruchsgrundlage	158
c) Fazit	159
II. Das Erlöschen des Lohnanspruchs durch vorzeitige Erfüllung bzw. passive Aufrechnung	159
1. Die Erfüllbarkeit eines Anspruchs und ihre Konsequenzen	160
2. Die passive Aufrechenbarkeit des Lohnanspruchs	161
III. Die Abtretung des Lohnanspruchs	163
IV. Ausschlussfristen und Verjährung von Ansprüchen	165
1. Verjährung des Lohnanspruchs	165
a) Grundlagen	165
b) Bedeutung der Anspruchsentstehung im Rahmen des § 199 Abs. 1 BGB	166
c) Bedeutung der Einordnung eines Schuldverhältnisses als Dauerschuldverhältnis für die Verjährung	167

2. Vereinbarte Ausschlussfristen	168
a) Anknüpfung an die Entstehung des Anspruchs	169
b) Geltendmachung vor Entstehung eines Anspruchs?	171
V. Die Haftung nach Betriebsübergang gem. § 613a BGB	171
VI. Die Auswirkung des Todes einer Vertragspartei auf den Lohnanspruch	175
1. Erbrechtliche Grundlagen	175
2. Die Vererblichkeit des Lohnanspruchs bei Tod des Arbeitnehmers	176
3. Die Haftung des Erben für Vergütungsansprüche bei Tod des Arbeitgebers	178
VII. Prozessuale Durchsetzung des Lohnanspruchs	180
1. Die Darlegungs- und Beweislast im Entgeltprozess	181
2. Die Klage auf künftige Leistung nach § 259 ZPO	183
a) Grundlagen zu §§ 257 ff. ZPO	184
b) Anknüpfung an den Entstehungszeitpunkt eines Anspruchs bei einer Klage nach § 259 ZPO?	185
aa) Divergenz in der höchstrichterlichen Rechtsprechung	185
(1) Der Wandel in der arbeitsrechtlichen Judikatur	185
(2) Die Rechtsprechung des BGH	186
bb) Literaturauffassungen	187
cc) Zusammenfassung	188
VIII. Der Lohnanspruch des Arbeitnehmers in der Insolvenz	189
1. Die Auswirkung der Insolvenz des Arbeitgebers auf den Lohnanspruch	190
a) Die Einordnung des Lohnanspruchs als Masse- bzw. Insolvenzforderung	190
b) Voraussetzung der Einstufung einer Forderung als Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 2 InsO	191
2. Die Insolvenz des Arbeitnehmers	194
a) Insolvenzmasse	194

b) Unwirksamkeit einer Verfügung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	194
c) Unwirksamkeit der Abtretung nach § 91 Abs. 1 InsO	195
d) Unwirksamkeit der Aufrechnung nach §§ 94 ff. InsO	198
IX. Das sozialversicherungsrechtliche Entstehungsprinzip	200
§ 4 Diskutierte Zeitpunkte für die Entstehung des Lohnanspruchs des Arbeitnehmers	205
A. Die Auffassung der Rechtsprechung zur Entstehung des Lohnanspruchs	205
I. Die divergierende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	205
1. Ausdrückliche Aussagen zur Anspruchsentstehung	205
2. Mittelbare Aussagen zur Anspruchsentstehung	207
a) Regelmäßiger Entstehungszeitpunkt schuldrechtlicher Ansprüche	208
b) Die Rechtsprechung des BAG zu Arbeitszeitkonten	209
aa) Hintergrund	209
bb) Das Zeitguthaben als Ausdruck des Vergütungsanspruchs	209
cc) Rückschlüsse auf die Entstehung des Lohnanspruchs	211
c) Die Rechtsprechung des BAG zu Freiwilligkeits- und Widerrufsvorbehalten	212
d) Ergebnis	213
II. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	213
III. Weitere Aussagen zur Anspruchsentstehung in der Rechtsprechung	216
IV. Zusammenfassung	217
B. Literaturauffassungen zur Entstehung des Lohnanspruchs	217
I. Anspruchsentstehung mit Abschluss des Arbeitsvertrages	218
1. Meinungsstand	218

2. Stellungnahme	221
a) Anspruchsentstehung durch Vertragsschluss oder durch Beginn des Arbeitsverhältnisses?	221
aa) Der Wortlaut des § 611a BGB	221
bb) Der Beginn der Arbeitsaufnahme als frühester Zeitpunkt der Anspruchsentstehung	223
cc) Bestehen eines Arbeitsverhältnisses ohne das Vorliegen eines wirksamen Arbeitsvertrages?	224
(1) Das fehlerhafte Arbeitsverhältnis	224
(2) Besonderheit der zweckverfehlenden Arbeitsleistungen	227
dd) Fazit	228
b) Die Bestimmtheit der Lohnansprüche	228
c) Die Interessenlage der Arbeitsvertragsparteien	230
d) Insolvenzzrechtliche Argumentation	231
e) Zusammenfassung	232
II. Sukzessive Anspruchsentstehung	232
1. Die Entstehung aller Ansprüche bis zum Ablauf einer fiktiven Kündigungsfrist	234
a) Anwendungsfelder der Kündigungstheorie	235
b) Anwendung auf die Entstehung von Ansprüchen in Dauerschuldverhältnissen	237
c) Stellungnahme	238
2. Anspruchsentstehung zu Beginn des jeweiligen Zeitabschnitts	240
a) Meinungsstand	240
b) Stellungnahme	240
3. Zusammenfallen von Entstehung und Fälligkeit des Lohnanspruchs	242
a) Meinungsstand	242
b) Stellungnahme	244
4. Kontinuierliche Entstehung des Lohnanspruchs	246
a) Sukzessive Entstehung mit Zeitablauf	246
aa) Meinungsstand	246
bb) Stellungnahme	247

b) Sukzessive Entstehung mit Erbringung der Arbeitsleistung	248
aa) Meinungsstand	248
bb) Stellungnahme	249
III. Ergebnis	250
§ 5 Eigener Lösungsansatz zur Entstehung des Lohnanspruchs und seine Konsequenzen	251
A. Gesetzliche Ausgangssituation	251
I. Die zentralen Normen der §§ 611a ff. BGB	251
1. Die Grundnorm des § 611a Abs. 2 BGB	251
2. Regelung der Anspruchsentstehung durch § 614 S. 2 BGB?	253
3. Der Wortlaut des § 616 BGB	254
4. Historische Betrachtung der Vorgängerregelungen zu §§ 611a ff. BGB	255
II. Die Situation im Mindestlohngesetz	259
1. Grundlagen	259
2. Die Entstehung des gesetzlichen Anspruchs auf Mindestlohn	260
III. Sonstige Anknüpfungspunkte?	262
1. Anknüpfung an den Wortlaut sonstiger Normen	262
2. Rückschlüsse aufgrund der Entstehungsgeschichte insolvenzrechtlicher Normen	265
a) Die Regelung des § 35 Abs. 1 InsO	265
b) Die Regelung des § 114 InsO a.F.	266
aa) Regelungsgehalt	266
bb) Sinn und Zweck der Einführung	266
cc) Intention des Gesetzgebers bei Aufhebung	267
c) Fazit	268
IV. Zusammenfassung	269
B. Die Parteivereinbarung als Grundlage für die Entstehung des Lohnanspruchs	269
I. Die Vertragsfreiheit als Element der grundrechtlich geschützten Privatautonomie	270
II. Praktische Beispiele	272

III. Darlegung der Konsequenzen	273
C. Auslegung bei mangelnder ausdrücklicher Parteivereinbarung	274
I. Die Auslegung nach §§ 133, 157 BGB	274
II. Anhaltspunkte in der Parteivereinbarung für eine Anknüpfung des Lohnanspruchs an die Arbeitsleistung	275
1. Die Interessenlage der Arbeitsvertragsparteien	275
2. Anhaltspunkte in der Parteivereinbarung bei Vereinbarung des Lohnanspruchs	276
3. Die Vereinbarung eines Leistungslohns	277
4. Arbeitszeitflexibilisierung und die Abkehr von der Arbeitsleistung als absolute Fixschuld	278
a) Die Vereinbarung von Arbeit auf Abruf	278
b) Die Einführung von Arbeitszeitkonten	279
5. Dogmatische Begründung	281
6. Abweichender Entstehungszeitpunkt	282
7. Ergebnis	283
III. Gesamtarbeits- und schuldrechtliche Betrachtung des Lösungswegs	283
1. Vereinbarkeit mit § 611a Abs. 2 BGB	284
2. Die Auslegung der entstandenen Verpflichtungen nach § 613a Abs. 2 S. 1 BGB	284
3. Der Gleichlauf mit § 628 Abs. 1 S. 1 BGB	285
4. Der gesetzliche Mindestlohnanspruch und daraus abzuleitende Anhaltspunkte für die Entstehung des vertraglichen Lohnanspruchs	286
a) Die vergleichbare sukzessive Entstehung des Mindestlohnanspruchs	287
b) Der gesetzliche Mindestlohn als Sockel des Lohnanspruchs nach § 611a Abs. 2 BGB	288
aa) Meinungsstand	288
bb) Stellungnahme	289
c) Anspruch des Arbeitnehmers auf Mindestlohn ohne Erbringung der Arbeitsleistung?	290
d) Die Erfüllung des Mindestlohnanspruchs	292
e) Ergebnis	292

5. Vergleich mit der Anspruchsentstehung weiterer synallagmatischer Vergütungsformen	293
6. Historisch begründete Nähe des Arbeitsverhältnisses zum Mietverhältnis	294
7. Die Besonderheiten des Arbeitsverhältnisses als Dauerschuldverhältnis	295
a) Die Erfüllung der Pflicht zur Arbeitsleistung nach § 362 Abs. 1 BGB	296
b) Die Beendigung von Dauerschuldverhältnissen	297
c) Die Unmöglichkeit der Dauerschuld	299
d) Konsequenzen für die Anspruchsentstehung	300
8. Die Rechtsstellung des Arbeitnehmers mit Erbringung der Arbeitsleistung	300
9. Materiellrechtliche Einwände	302
a) Die Regelung des § 614 S. 2 BGB	302
b) „Ohne Arbeit kein Lohn“ als Rechtsfolge des § 326 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 BGB?	302
c) Die Bedingungslehre zur Erklärung der synallagmatischen Struktur von Arbeitsleistung und Vergütungspflicht	304
d) Bereicherungsrechtliche Betrachtung	307
aa) Der Ausschluss der Leistungskondiktion nach § 813 Abs. 2 BGB	307
bb) Rückforderung nach Weiterbeschäftigungsverhältnis	310
10. Ergebnis	311
IV. Übergreifende Auswirkung des Entstehungszeitpunkts	311
1. Übertragbarkeit auf die Situation anderer Dauerschuldverhältnisse?	311
2. Auswirkung auf die synallagmatische Struktur der Hauptleistungspflichten im Arbeitsverhältnis	312
V. Auflösung der besonders relevanten Fallgestaltungen	313
1. Die Rechtsfolge des § 326 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 BGB mit ihren Ausnahmen	313
2. Das Erlöschen des Lohnanspruchs durch vorzeitige Erfüllung bzw. passive Aufrechnung	315
3. Die Abtretung des Lohnanspruchs	316

4. Ausschlussfristen und Verjährung von Ansprüchen	316
5. Die Haftung nach Betriebsübergang gem. § 613a BGB	317
6. Die Auswirkung des Todes einer Vertragspartei auf den Lohnanspruch	318
7. Prozessuale Durchsetzung des Lohnanspruchs	319
a) Die Darlegungs- und Beweislast im Entgeltprozess	319
b) Die Klage auf künftige Leistung nach § 259 ZPO	320
8. Der Lohnanspruch des Arbeitnehmers in der Insolvenz	322
a) Die Auswirkung der Insolvenz des Arbeitgebers auf den Lohnanspruch	322
b) Die Insolvenz des Arbeitnehmers	322
c) Notwendige Korrekturen dieses Ergebnisses?	323
9. Das sozialversicherungsrechtliche Entstehungsprinzip	324
10. Kritik an der Differenzierung dieser Fallgestaltungen anhand des Entstehungszeitpunkts der Forderung	325
VI. Ergebnis	325
D. Anderes Ergebnis im Bereich befristeter Arbeitsverträge?	326
I. Die Rechtsprechung des BGH zur Unterscheidung von Miete und Leasing	327
II. Literaturauffassungen	328
III. Übertragbarkeit dieser Argumentation auf zweck- oder zeitbefristete Arbeitsverträge?	329
E. Zusammenfassung	331
§ 6 Wesentliche Ergebnisse	333
Literaturverzeichnis	341